




Für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen

Positionspapier Nachhaltig Wirtschaften – IHK NRW

**Nachhaltig
Wirtschaften**  *NRW ist ein starker Wirtschafts- und Industriestandort, den es zu erhalten und zu stärken gilt. Neben der Notwendigkeit, sich im internationalen, marktwirtschaftlichen System zu behaupten und Gewinne zu erzielen, sind die drängenden ökologischen Herausforderungen – der Klimawandel, der weiter fortschreitende Verlust der Biodiversität sowie ein wachsender Ressourcenverbrauch – stärker in das Bewusstsein der Unternehmen gerückt.*

Diese Herausforderungen erfordern entschiedenes Handeln auf allen Ebenen von Politik, Gesellschaft und in Unternehmen. Seit Jahrzehnten ringt die internationale Staatengemeinschaft um ein global abgestimmtes Vorgehen zur Erreichung des Zieldreieckes der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Mit dem Green Deal und den deutschen Klimaschutzgesetzen sind die Europäische Union sowie die Bundes- und Landesregierung vorangegangen und haben den Rahmen für den Wandel zu einem nachhaltigeren Handeln und das wirtschaftliche Handeln innerhalb der nächsten beiden Dekaden gesetzt.

Die **Mitgliederversammlung von IHK NRW** bekennt sich zur Verantwortung der Wirtschaft in diesem gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess. Nachhaltigkeit, der Schutz von Umwelt und Ressourcen und das Ziel der Klimaneutralität sind für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Sowohl gesamtwirtschaftlich als auch aus betrieblicher Perspektive ist es geboten, heute zu handeln, um Schäden in der Zukunft zu vermeiden.



Mit den 17 Sustainable Development Goals brachten die Vereinten Nationen im Jahre 2016 ein globales Zielsystem auf den Weg, das die Entwicklung in allen Staaten bis 2030 an Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichten soll.



Quelle: SDG-Portal, 2023

Nachhaltig Wirtschaften

Bereits im Grundsatz der Ehrbaren Kaufleute ist die Verantwortung für nachhaltiges Handeln angelegt. Dieser Grundsatz ist für die heimische Wirtschaft und die Organisation der Industrie- und Handelskammern elementarer Bestandteil der Denk- und Handlungsweise. Von den 17 Sustainable Development Goals sieht die Mitgliederversammlung von IHK NRW insbesondere bei den obenstehenden acht Zielen herausgehobene Handlungsmöglichkeiten für die Wirtschaft.

Die **Mitgliederversammlung von IHK NRW** setzt sich dafür ein, dass die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Unternehmen die Chancen der Transformation nutzen und gleichzeitig ihrer Verantwortung für ein nachhaltiges Handeln gerecht werden können. Dann kann der Dreiklang im Sinne der Nachhaltigkeit erreicht werden.

Die **Industrie- und Handelskammern in NRW** unterstützen ihre Mitgliedsunternehmen aktiv bei der Transformation und übernehmen auch selbst Verantwortung für ihr Handeln. Gemeinsam mit Partnern erarbeiten die IHKs, speziell für kleinere und mittlere Unternehmen, konkrete Dienstleistungen und Lösungsangebote.

Eine erfolgreiche Transformation sichert die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand des Industrie- und Wirtschaftsstandorts und damit auch von Nordrhein-Westfalen. Im weltweiten Standortwettbewerb wählen immer mehr Unternehmen bei Ansiedlungsentscheidungen Standorte mit einer hohen Verfügbarkeit erneuerbarer Energien.

Die Transformation hin zum nachhaltigen Wirtschaften geht zeitlich einher mit den Herausforderungen, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung ergeben. Beide Transformationen verändern das Leben und Arbeiten gleichermaßen grundlegend. Gemeinsam bieten sie Chancen für Synergien. Auf politischer Ebene gilt es, vorausschauend die ökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen anzugehen und – aufeinander aufbauend – Impulse für den digitalen und nachhaltigen Wandel zu setzen. Nur so kann die NRW-Wirtschaft mittel- und langfristig wettbewerbsfähig bleiben.

Bislang konzentriert sich die politische Diskussion zu stark auf die (langfristigen) Zielperspektiven, etwa zur Klimaneutralität und auf den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und hat den konkreten Umsetzungspfad außer Acht gelassen. Die **Mitgliederversammlung von IHK NRW** fordert daher, jetzt den Prozess der Transformation in den Fokus des politischen Handelns zu rücken.

Zielperspektiven allein helfen nicht bei der Umsetzung. Die Unternehmen können Standortentscheidungen erst treffen, wenn sie auf die erforderlichen Rahmenbedingungen, etwa bei Infrastrukturen oder bei der Energieerzeugung vertrauen können. In dieser Legislaturperiode sollte daher die Transformation als Prozess der Umwälzung stärker in den Fokus genommen werden. Die Wirtschaft braucht größtmögliche Planungssicherheit. Aktuelle Krisen, wie der Krieg in der Ukraine oder auch die Corona-Pandemie, die in vielen Unternehmen noch nachwirkt, beschränken die Handlungsmöglichkeiten der Unternehmen und des Staates und wirken sich negativ auf die Umsetzungsgeschwindigkeit aus.

„*Nachhaltiges Wirtschaften stellt den Ausgleich zwischen wirtschaftlichem Erfolg, dem Schutz der Natur und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Die Transformation der Wirtschaft wird nur dann erfolgreich sein, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industriestandorte gewährleistet bleibt und eine (schleichende) Deindustrialisierung mit Verlagerungen ins Ausland verhindert werden kann.*“

Ralf Stoffels
Präsident von IHK NRW

Ein Großteil der Mitgliedsunternehmen der nordrhein-westfälischen IHK-Organisation kann und will die Transformation aktiv mitgestalten. Diese Möglichkeiten besitzen jedoch nicht alle Unternehmen in NRW in gleichem Maße. Während einige Unternehmen voran gehen, stehen andere vor (noch) ungelösten Herausforderungen. Teils fehlen infrastrukturelle Voraussetzungen, teils die wirtschaftlichen Möglichkeiten. In diesen Teilen der Wirtschaft wird die Transformation im globalen Wettbewerb eher kritisch gesehen. Bei der Gestaltung der Transformation sollte die Politik jetzt aktiv werden, um den Unternehmen den Wandel zu ermöglichen und so Wertschöpfungsketten in NRW zu erhalten. Die anstehenden Regulierungen sollten sich am marktwirtschaftlichen Handeln orientieren und staatliche Eingriffe z. B. in die Preisgestaltung oder bei Technologien minimieren.

Verbindliche Leitplanken und konkretes Handeln

Die Mitgliederversammlung von IHK NRW unterstützt den Wandel zum nachhaltigen Wirtschaften und hat den Anspruch, diesen aktiv voranzutreiben. Nachhaltigkeit bildet keinen Widerspruch zu unternehmerischen Interessen. Im Gegenteil, sie gehört zum Kern wirtschaftlichen Handelns und ist elementarer Bestandteil für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit heutiger und kommender Generationen von Unternehmerinnen und Unternehmern.

Noch fehlen vielfach klare und faire Wettbewerbsbedingungen, die langfristige Planungen erlauben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und Innovation am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Dieser Rahmen ist erforderlich, damit die Transformation aus sich heraus Kraft entfalten und einen neuen Wachstumsschub erzeugen kann.

Aus Sicht der Mitgliederversammlung von IHK NRW sollte sich politisches Handeln an verbindlichen, langfristig ausgerichteten Leitplanken orientieren, aus denen die folgenden Empfehlungen und Vorschläge für konkretes politisches Handeln abgeleitet werden. IHK NRW steht Politik und Verwaltung jederzeit für eine konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit im Sinne eines erfolgreichen Wandels hin zur Nachhaltigkeit zur Verfügung.

1. Vertrauen schaffen – eine belastbare politische Strategie für den Wandel

Noch ist die Unsicherheit groß. Der Weg der Transformation ist vielfach (noch) nicht erkennbar. Aufgrund wechselnder Zielvorstellungen und unklarer Entscheidungen drohen Attentismus, Absicherungsverhalten und letztlich Stagnation. Die Unternehmen müssen politischem Handeln und getroffenen Entscheidungen vertrauen können, damit sie selbst im Wandel proaktiv werden können. Die Wirtschaft denkt nicht nur von Jahresabschluss zu Jahresabschluss. Die Unternehmen investieren mit der Transformation in ihre langfristige Zukunft – und damit auch in die Zukunft des Industrie- und Wirtschaftsstandorts.

Als Basis braucht die Wirtschaft hierfür eine langfristig ausgerichtete politische Nachhaltigkeitsstrategie aus einem Guss, die den verantwortlichen Institutionen und Verwaltungen als strategisches Fundament und den Unternehmen als Orientierungsleitfaden dient, ihnen aber gleichzeitig die Flexibilität für eigenverantwortliches Handeln und ausreichenden Spielraum belässt, um auf akute Krisen zu reagieren und im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu agieren. Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sollte im überparteilichen Konsens und mit klaren Verantwortlichkeiten weiterentwickelt werden, damit starre Grenzen von Fach- und Ressortzuständigkeiten überwunden und der Transformationsprozess in den Mittelpunkt gestellt wird. Die Strategie ist über mehrere Legislaturen anzulegen und mit ausreichenden Kapazitäten auszustatten. Unternehmen sollten als Akteure, Beteiligte und insbesondere Ideengeber von Beginn an in alle Teilbereiche der Strategie eingebunden werden.

Ehrbare Kaufleute – ein modernes Leitbild



Ehrbare Kaufleute stehen in Verantwortung nicht nur für ihr eigenes Handeln, sondern auch für ihre Beschäftigten sowie für die Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrer Umgebung und weltweit.

Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse dürfen sich nicht ausschließen.

Dem Grundsatz des Nachhaltigen Wirtschaftens sind die Industrie- und Handelskammern durch das IHK-Gesetz §1 Abs. 1 S.1 verpflichtet. Unsere Aufgabe ist es, die Anforderungen einer modernen Wirtschafts- und Arbeitswelt mit den Grundlagen des Handelns ehrbarer Kaufleute zu verbinden (s. DIHK, 2023).

Die verbindlichen Leitplanken

1. Vertrauen schaffen
eine belastbare politische Strategie für den Wandel

2. Wandel braucht Geschwindigkeit
ein Beschleunigungspakt für NRW

3. Vernetzt Denken
mit Nachhaltigkeitscheck Zielkonflikte lösen

4. Risiken gemeinsam tragen
Schaltstelle Transformationsfinanzierung ausbauen

5. International denken
Industriestandort NRW nachhaltig ausrichten

6. Den Standort in den Blick nehmen
Zusammenarbeit stärken

7. Leitplanken setzen
Spielraum für den Mittelstand

8. Engpässe fokussieren
verbindliche Prioritäten für die Finanzierung

9. Qualifizieren und weiterbilden
eine Fachkräfteoffensive für den Wandel

10. Vorbild werden
Verwaltungshandeln nachhaltig ausrichten

11. Erreichbarkeit sichern
Nachhaltige Mobilität fördern

„ Bei der Planung, Genehmigung und Umsetzung müssen wir den Turbo einschalten und bestehende Hürden aus dem Weg räumen – nicht nur bei den erneuerbaren Energien. Sonst verlieren wir im internationalen Wettbewerb und erreichen das Ziel der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft nie.

Oliver VoBhenrich
Geschäftsführer, POS TUNING GmbH,
Bad Salzuflen

„ Als mittelständische Gießerei mit über 100jähriger Tradition ist Nachhaltigkeit für uns keineswegs nur ein Schlagwort, sondern täglich gelebte Unternehmenspraxis. Angesichts der multiplen aktuellen Herausforderungen brauchen wir aber mehr denn je eine verlässliche Nachhaltigkeitspolitik aus einem Guss. Zielkonflikte müssen politisch ausgeräumt und Freiräume belassen werden, um gerade im internationalen Wettbewerb weiter bestehen zu können.

Kathrin Grüne
Geschäftsführerin Dillenberg GmbH
& Co KG, Düsseldorf

2. Wandel braucht Geschwindigkeit – ein Beschleunigungspakt für NRW

Die Wirtschaft legt heute die Grundlage für den Erfolg von morgen. Mit Investitions- und Planungshorizonten von zehn und mehr Jahren, ist die Wirtschaft auf größtmögliche Flexibilität und eine positive Fehlerkultur angewiesen, um ihre Geschäftsideen weiterzuentwickeln und Wertschöpfung zu sichern, auch wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen noch fehlen. Die benötigten Investitionen der öffentlichen Hand und von privater Seite können nur rechtzeitig umgesetzt werden, wenn die Zielrichtung bekannt und die Geschwindigkeit des Handelns massiv erhöht wird. Damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien ebenso gelingt wie die Investitionen in neue Geschäftsmodelle, braucht die öffentliche Verwaltung neue, belastbare, bürokratiearme und digitale Prozesse für Planung, Genehmigung und die tatsächliche Realisierung von Projekten. Über die Digitalisierung können mit Standardisierungen, Bündelung von Kompetenzen und Zentralisierung, Verfahren schnell optimiert werden. Hinzukommen muss der Abbau bereits bestehender Bürokratie, die sich immer mehr zum Hemmschuh für den Wirtschaftsstandort NRW entwickelt. Die Investitionen in öffentliche und private Infrastrukturen erfordern eine Know-how-Initiative für Fach- und Arbeitskräfte. Für beides müssen Bund und Länder noch in den laufenden Legislaturperioden in einem abgestimmten „Beschleunigungspakt“ den Grundstein legen (s. auch [Stellungnahme IHK NRW, März 2023](#)).

3. Vernetzt Denken – mit Nachhaltigkeitscheck Zielkonflikte lösen

Erst realistische Ziele schaffen Planungssicherheit für unternehmerisches Handeln. In der Praxis bestehen zwischen den 17 Nachhaltigkeitszielen vielfach ungeklärte Zielkonflikte. Die Lösung für den einen Aspekt kann bei anderen zu Verwerfungen führen und die Transformation unnötig verkomplizieren. Die Wirtschaft setzt die Nachhaltigkeitsziele ganzheitlich in ihrem Unternehmensalltag um und fokussiert sich auf die praktischen Anforderungen in ihren Geschäftsprozessen. Statt einer abstrakten Verpflichtung auf globale Ziele braucht die Wirtschaft eine Operationalisierung der 17 Sustainable Development Goals auf die unternehmerische Praxis.

Die Landesregierung hat angekündigt, in einem Nachhaltigkeitscheck neue Gesetze und Verordnungen auf ihren Beitrag zur Transformation zu bewerten. Der Check darf nicht dazu führen, dass sich ohnehin schon langwierige Prozesse weiter verzögern. Vielmehr sollte er dazu genutzt werden, Zielkonflikte auszuräumen und Potenziale zur Beschleunigung zu identifizieren.

4. Risiken gemeinsam tragen – Schaltstelle Transformationsfinanzierung ausbauen

Noch ist vielen Unternehmen und auch ihren Partnern in der Wertschöpfungskette unklar, wie ein erfolgreiches Geschäftsmodell der Zukunft aussehen kann. Der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft vollzieht sich zudem parallel zur Digitalisierung, die ihrerseits die Arbeits- und Wirtschaftsweisen durch eine zunehmende Automatisierung oder mit dem immer stärkeren Einsatz künstlicher Intelligenz massiv verändert und neue Chancen eröffnet. Unternehmer sind das Handeln unter Unsicherheit gewohnt und bereit, Risiken einzugehen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten übernimmt die Wirtschaft die unternehmerischen Sorgfaltspflichten und fordert diese auch von ihren Partnern und Zulieferern im In- und Ausland ein. Grundsätzlich sollte jedoch das Delegieren staatlicher Aufgaben auf Unternehmen vermieden werden. In der Transformation ist die Wirtschaft auf verlässliche Mitsstreiter in Politik und Verwaltung, in der Wertschöpfungskette und bei der Finanzierung angewiesen.

Neue komplexe Regulierungen, wie die EU-Taxonomie sowie die Berichts- und Nachweispflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und der Lieferkettensorgfaltspflichten, steigern zunächst die Unsicherheit und den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen. Dieser kann vor allem für den Mittelstand unverhältnismäßig sein und Finanzierungsbedingungen erschweren. Mit dem Kompetenzzentrum [Fin.Connect.NRW](#) erhält das Land nun eine Schaltstelle für die Transformationsfinanzierung, die eine pragmatische und niedrigschwellige Unterstützung bei der Finanzierung nachhaltiger Geschäftsmodelle schaffen kann.



www.fin-connect-nrw.de



©tomml – istockphoto.com

„ *Wir sind bereit, unseren Beitrag zur nachhaltigen Transformation zu leisten. Dafür braucht es von der Politik kurzfristig eine wirksame und vor allem verlässliche Unterstützung aller klimafreundlichen Maßnahmen. Wir müssen die Attraktivität des Industriestandortes Deutschland stärken und wieder zum Innovationsführer für Nachhaltigkeit in der Welt werden.*

*Andreas Engelhardt
Persönlich haftender Gesellschafter, Schüco International KG, Bielefeld*

„ *Die Betriebe in NRW wollen ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft leisten. Sie sehen Nachhaltigkeit als Verantwortung und Chance zugleich. Oft fehlt ihnen aber noch ein konkreter Anpack. Sie wissen nicht genau, wie und wo sie anfangen sollen. Hier sind die IHKs gefragt. Wichtig sind aber auch die politischen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften. Ich freue mich deshalb, im NRW-Nachhaltigkeitsbeirat die Landesregierung bei der Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie beraten zu dürfen.*

*Jutta Kruft-Lohrengel
Präsidentin IHK zu Essen; geschäftsführende Gesellschafterin Autohaus Kruft GmbH, Oberhausen*



Bei aller Dringlichkeit darf der Wettbewerb als bestes Instrument für die Suche nach der effizientesten Lösung – gerade auch bei den Planungen der Europäischen Union – nicht außer Kraft gesetzt und in Einklang mit Nachhaltigkeit gebracht werden.

„ Für die Gebr. Laumans GmbH & Co. KG steht Nachhaltigkeit im Mittelpunkt der Unternehmensphilosophie. Wir sind davon überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung ist. Unsere Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit zielen auf CO₂-Reduktion, zum einen durch die stetige Verbesserung der Energieeffizienz zum Beispiel beim Brennverfahren, zum anderen durch den Einsatz von CO₂-neutralen Energieträgern wie Biogas und Strom aus regenerativen Quellen. Dieses Handeln ist nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern für uns bereits seit Jahrzehnten eine Investition in die Zukunft in dem Wissen, dass Nachhaltigkeit ein existenzieller Grundstein für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Hauses wie auch des Wirtschaftsstandorts NRW darstellt.

Gerald Laumans
Geschäftsführer, Gebr. Laumans
GmbH & Co. KG, Brüggen

5. International denken – Industriestandort NRW nachhaltig ausrichten

Im Übergang benötigen die Unternehmen in NRW, insbesondere die exportorientierte Industrie, ein international – zumindest aber EU-weites – faires Wettbewerbsumfeld. Andernfalls droht die Verlagerung von Emissionen ebenso wie neue Abhängigkeitsverhältnisse. Bei aller Dringlichkeit darf der Wettbewerb als bestes Instrument für die Suche nach der effizientesten Lösung – gerade auch bei den Planungen der Europäischen Union – nicht außer Kraft gesetzt und in Einklang mit Nachhaltigkeit gebracht werden.

Statt des Wettlaufs um immer neue, noch ambitioniertere Ziele, sollte der Wettlauf um die beste Umsetzung eröffnet werden. Um Zielkonflikte auf der Maßnahmenebene zu vermeiden, ist es entscheidend, Handlungen dem Subsidiaritätsprinzip folgend zwischen EU, Bund, Bundesländern und Kommunen – ganz im Sinne eines vernetzten Vorgehens – eng aufeinander abzustimmen. Die Landesregierung sollte ihre Aktivitäten eng auf die internationalen Maßnahmen wie den Green Deal der EU ausrichten und Vorkehrungen in NRW treffen, damit das Land als Wirtschaftsstandort von diesen partizipieren und eine Vorreiterrolle übernehmen kann. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn es zu einer deutlichen Reduzierung bestehender und Vermeidung zusätzlicher Bürokratielasten kommt.

6. Den Standort in den Blick nehmen – Zusammenarbeit stärken

Für ihre Transformation sind Unternehmen auf leistungsfähige (öffentliche) Infrastrukturen am Standort wie auch entlang der Wertschöpfungskette angewiesen. Für die nachhaltige Entwicklung der Standorte ist eine effiziente Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen Akteuren entscheidend. Erst im Zusammenspiel aller Stakeholder können vor Ort effiziente und vernetzte Lösungen entstehen. Das verhindert, dass Flickenteppiche entstehen und Einzelne überfordert werden.

Die Wirtschaft setzt die Transformation ganzheitlich am Standort um. Sie achtet Umwelt und Mensch und ermöglicht so in vielen Fällen eine stärkere Nutzungsmischung von Wohnquartieren und Grünflächen mit nicht störenden gewerblichen Nutzungen.

Die Wirtschaft braucht ein reibungsloses Zusammenspiel der Entscheidungsträger auf regionaler und kommunaler Ebene. Eine nachhaltige Ausrichtung der Unternehmensstandorte, etwa in den Innenstädten oder Gewerbegebieten, kann nur durch die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Funktionsträger und Stakeholder gelingen. Dabei gilt es, Nutzungskonflikte etwa beim Ausbau der Windenergie oder für Infrastrukturen des öffentlichen Personennahverkehrs mit Frei- und Erholungsflächen, Wohn- und Wirtschaftsnutzungen zu reduzieren. Es sollten Anreize zur stärkeren Koordination zwischen den Planungsträgern im Land, den Regionen und an den Standorten sowie zur Akzeptanzsteigerung unternehmerischer Maßnahmen gesetzt werden.

7. Leitplanken setzen – Spielraum für den Mittelstand

Als Handlungsgrundlage sind politische Leitplanken wichtig und richtig. Doch was heute das Maß aller Dinge ist, kann in einer schnelllebigen Welt schon morgen überholt sein. Politik und Verwaltung sollten daher nur den Pfad zur Zielerreichung vorzeichnen, auf eine Steuerung des unternehmerischen Handelns aber verzichten. Auf dem Weg in die Wasserstoffwirtschaft etwa braucht der Mittelstand ein Netz an Infrastrukturen und Erzeugungskapazitäten, die aufgrund der hohen industriellen Bedeutung landesweit in der Fläche strukturiert entstehen müssen. Bei der Umsetzung braucht der Mittelstand hingegen Freiraum, um den effizientesten Weg für sich zu finden.

Die Wirtschaft braucht eine KMU-orientierte, unbürokratische Forschungs- und Innovationsförderung, um die Chancen der Transformation auch in etablierten Unternehmen anzugehen. Auch für Investitionen. Über eine direkte Förderung für kleine und kleinste Unternehmen können, wie die Digitalisierungshilfen für den Handel und den Tourismus oder Beratungsgutscheine gezeigt haben, wirkungsvoll Anreize für den Wandel hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen gesetzt werden. Starter- und Gründungszentren können durch konkretes Transformations-Know-how zusätzlich unterstützen.

8. Engpässe fokussieren – verbindliche Prioritäten für die Finanzierung

Viele wichtige Ressourcen werden sich in den kommenden Jahren verknappen: neben Fachkräften, Energie, und wichtigen Rohstoffen sind vor allem ausreichende Mittel zur Finanzierung des Wandels erforderlich. Allein in NRW werden zusätzliche Investitionen von bis zu 80 Mrd. Euro im Jahr benötigt, (IW Köln 2023). Die Finanzierung, vor allem der grundlegenden Infrastrukturen, erfordert öffentliche Investitionen im erheblichen Umfang. Dabei ist eine harte Auswahl der öffentlichen Maßnahmen nach Effizienzkriterien erforderlich, um eine Überforderung der öffentlichen Haushalte zu vermeiden.

Die Wirtschaft handelt nicht auf Kosten der nächsten Generation. Sie geht verantwortungsvoll mit realen und finanziellen Ressourcen um und erwartet dies auch vom Staat. Sie muss die Chancen des Wandels klar erkennen und die Risiken bei der Realisierung deutlich abschätzen können, um privates Kapital im erheblichen Umfang für den Wandel zu aktivieren. Über eine klare, nachvollziehbare und verbindliche Planung der Investitionen in Landesverantwortung sollte die Nutzung der begrenzten, haushälterischen Mittel effizient gesteuert werden. Erforderlich ist ergänzend eine umfassende Engpassanalyse in der Verwaltung, insbesondere bei Digitalisierungs- oder Infrastrukturprojekten, durch die der Wandel gehemmt werden könnte.



Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist eine gemeinsame Zukunftsaufgabe. Damit die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und Gesellschaft funktioniert, muss Politik und Verwaltung zielorientiert und pragmatisch in der Umsetzung sein. Das ist leider nicht der Fall. Behörden verzetteln sich oft in Dogmatismus, entscheiden lieber nicht und verhindern somit Nachhaltigkeit. Das muss sich jetzt ändern: Die Genehmigung von Nachhaltigkeitsprojekten der Unternehmen muss in den Behörden zur Chefsache erklärt werden. Die Spitze der Verwaltungen muss dafür Sorge tragen, dass in den Ämtern schnell entschieden werden kann. Mit dem richtigen "mindset" von der Verwaltungsspitze bis zur ausführenden Behörde sollte das für Nachhaltigkeitsprojekte eigentlich kein Problem sein. Wer Nachhaltigkeit wirklich ernst nimmt, lässt Entscheidungen dazu nicht lange liegen! Nur so kann jedenfalls für die Wirtschaft in NRW die notwendige Geschwindigkeit für diese wichtige Zukunftsaufgabe ermöglicht werden.

*Stefan Kehr
Geschäftsführer der Babor Beauty Group*

9. Qualifizieren und weiterbilden – eine Fachkräfteoffensive für den Wandel

Die Transformation wird nur erfolgreich verlaufen, wenn gut ausgebildete und qualifizierte Menschen den Wandel gestalten und umsetzen. Der Fachkräfteentwicklung und -sicherung kommt im sich beschleunigenden demografischen Wandel eine, wenn nicht die zentrale Bedeutung zu. Die Transformation erfordert neue Kompetenzen und Denkweisen, von denen viele heute noch nicht bekannt sind. Dies bedingt massive Veränderungen bei Bildungsinhalten und -institutionen und verlangt von den Menschen enorme Anstrengungen.

Die Wirtschaft bildet die Fachkräfte von morgen aus, schafft attraktive Arbeitsplätze und zeigt soziales Engagement. Sie braucht eine umfassende und belastbare Fachkräfteoffensive der Landesregierung, um den Wandel in den Köpfen und den Aufbau der erforderlichen Fachkräftebasis anzustoßen. Neben dem Aufbau der erforderlichen Kompetenzen in Unternehmen gilt es, auch in Verwaltungen durch eine langfristige Personalplanung, die erforderlichen Kapazitäten zum Beispiel in den Planungs- und Genehmigungsbehörden oder in den Verwaltungsgerichten aufzubauen.

10. Vorbild werden – Verwaltungshandeln nachhaltig ausrichten

Im Transformationsprozess muss der Mehrwert des Wandels für das Leben und Wirtschaften des Einzelnen sichtbar werden. Motivation und Handeln entstehen dadurch, dass Menschen sehen und erleben, was möglich ist. Gerade Unternehmen spielen als Vorbild für andere Unternehmen eine wichtige Rolle. Regelungen wie die der unternehmerischen Sorgfaltspflichten sollten daher so ausgestaltet werden, dass sie das freiwillige Engagement der Unternehmen würdigen und nicht behindern.

Die Wirtschaft schafft Akzeptanz für den Wandel, sichert aus eigener Motivation die Aussicht auf ein besseres Leben und wehrt durch ihr Handeln akute Gefahren ab. Ein erfolgreicher Wandel ist aber auch auf eine Verwaltung angewiesen, die eine Vorbildfunktion einnimmt und ihr Handeln grundsätzlich hinterfragt. Ein wichtiger Hebel hierbei liegt im öffentlichen Auftragswesen. Statt durch zusätzliche Bürokratie und Nachweispflichten sollte die Verwaltung über kluge Leistungsbeschreibungen ihre Prioritäten setzen und so in der Wirtschaft Innovationen anstoßen und damit den Hochlauf nachhaltiger Märkte beschleunigen.



„Viele Unternehmen in NRW haben bereits heute umfangreiche betriebliche Maßnahmen umgesetzt und frühzeitig die Weichen in ein nachhaltiges und damit wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell gestellt. Die neuen EU-Regelungen zur EU-Taxonomie, CSRD und CBAM stellen jedoch gerade die kleinen und mittleren Betriebe vor neue bürokratische Herausforderungen und erhöhen die Kosten durch Administration und Prüfung. Wir benötigen daher ein System der „balanced Sustainability“, das alle Unternehmen mitnimmt und in dem Klimaschutz, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand gehen.“

Dr. Silke Huster
Vorsitzende des Ausschusses Unternehmensverantwortliche Nachhaltigkeit
der IHK Nord Westfalen



Die Emissionen des Verkehrs müssen sinken, während unsere wachsende Wirtschaft mehr Gütermobilität benötigt. Daher setzt sich IHK NRW auch für eine gute verkehrliche Erreichbarkeit aller Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriestandorte – gleich mit welchem Verkehrsträger – ein.

©Glm - istockphoto.com

11. Erreichbarkeit sichern – Nachhaltige Mobilität fördern

Klar ist, dass sich mit der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität auch der Verkehrssektor deutlich verändern muss. Die Emissionen des Verkehrs müssen sinken, während unsere wachsende Wirtschaft mehr Gütermobilität benötigt. Daher setzt sich IHK NRW auch für eine gute verkehrliche Erreichbarkeit aller Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriestandorte – gleich mit welchem Verkehrsträger – ein.

Neue Mobilitätskonzepte und technologische Innovation können helfen, diesen Zielkonflikt aufzulösen. Verkehre sollten nachhaltig gesteuert und verlagert werden. Geeignete Mittel, um den Straßenverkehr zu entlasten, sind z. B. die Förderung des betrieblichen Mobilitätsmanagements, der Ausbau von Mobilitätsstationen und die Unterstützung von Mobilitätskonzepten. Kommunen, Land und Bund sollten Verkehrsdaten erheben, erwerben und nutzen und die Vernetzung der Infrastruktur und Mobilitätsangebote vorantreiben. Im übergeordneten Netz kann der Einsatz von Lang-Lkw Verkehre reduzieren und gleichzeitig CO₂ einsparen. Weitere Ausführungen finden Sie in den aktuellen verkehrspolitischen Positionen von IHK NRW (www.ihk-nrw.de)



Verkehrspolitische Positionen von IHK NRW
www.ihk-nrw.de



IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

Nachhaltig
Wirtschaften 

IMPRESSUM

Die Handlungsempfehlungen sind zum Stand 26.09.2023 als Anlage an das Positionspapier „Nachhaltig Wirtschaften“ in der Mitgliederversammlung von IHK NRW am 26.10.2023 einstimmig beschlossen worden.

Herausgeber und Copyright:

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V.
Berliner Allee 12 | 40212 Düsseldorf | info@ihk-nrw.de | ihk-nrw.de
Präsident: Ralf Stoffels | Hauptgeschäftsführer: Dr. Ralf Mittelstädt

IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKS in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.

Ansprechpartner:

Dr. Matthias Mainz
0211-3670 2-14, matthias.mainz@ihk-nrw.de
Markus Cammerzell
0211-3670 2-12, markus.cammerzell@ihk-nrw.de

Redaktion:

Dr. Matthias Mainz, Markus Cammerzell

Gestaltung: büro G29 Aachen

Titelbild: © Petmal – istockphoto.com

Stand: Januar 2024